

## Hintergrund

---

Dieser Artikel ist kostenpflichtig und wurde speziell für Sie freigeschaltet.

# Ein Schweizer Stillhalteabkommen mit der PLO erscheint plausibel

**Die These, wonach die Schweiz in den siebziger Jahren einen Deal mit palästinensischen Terroristen traf, hat einiges für sich. Auch mit Blick auf ähnliche Vorgänge im Ausland,**

*meint Thomas Riegler* – Anfang dieses Jahres hat NZZ-Reporter Marcel Gyr mit dem Buch «Schweizer Terrorjahre» für Aufsehen gesorgt. Er vertritt dort die These, die Schweiz habe «ein Stillhalteabkommen» mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) getroffen. Nach zwei Anschlägen und einer Geiselnahme in den Jahren 1969 und 1970 sollten so weitere Gewalttaten gegen Schweizer Ziele verhindert werden. Im Gegenzug habe man der PLO Bewilligungen für ein Büro bei der Uno in Genf in Aussicht gestellt. Schriftliche Belege dafür hat Gyr nicht, wohl aber Aussagen von Zeitzeugen. Das Buch hat seither Widerspruch provoziert. Wohl auch, weil seine These an einem Tabu rüttelt – an Verhandlungen mit Terroristen. Eine solches Vorgehen ist umstritten. Trotzdem haben westliche Regierungen immer wieder Deals mit Terroristen gemacht. Betrachtet man das Schweizer Beispiel in diesem Kontext, dann erscheint Gyrs These keineswegs abwegig.

Im Gegensatz zu den heutigen radikal-islamistischen Terroristen handelten die säkular-nationalistischen Akteure in den siebziger Jahren viel pragmatischer. Gerade die palästinensischen Gruppen perfektionierten ein Nebeneinander von Gewalt und Diplomatie, das Anknüpfungspunkte bot. So profilierte sich Yasir Arafats Fatah, die dominante Einzelorganisation innerhalb des Dachverbands PLO, ab 1974 als gemässigt, wenngleich sie in den besetzten Gebieten und in Israel

weiter Terror ausübte.

Das hinderte die USA nicht daran, sich 1973 von der Fatah die Zusage geben zu lassen, sie werde keine US-Bürger mehr angreifen. Ausserdem ging es um den Schutz diplomatischer Einrichtungen im Bürgerkriegsland Libanon – dafür pflegte selbst die Schweiz «Verbindung zu PLO-Vertretern», wie es im deutschen Auswärtigen Amt hiess.

Im Nachbarland Deutschland führte der Anschlag an den Olympischen Spielen in München 1972 zu einem Einschnitt. Um neues Blutvergiessen zu vermeiden, bemühte man sich um Absprachen. 1977 nahm auf Einladung des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky ein Mitarbeiter des deutschen Staatsministers Hans-Jürgen Wischnewski an einem Geheimtreffen in Wien teil: Im Gegenzug für «eine gewisse Anerkennung» boten die PLO-Emissäre Fahndungshilfe gegen im Nahen Osten untergetauchte deutsche Linksextremisten an. Bei weiteren Gesprächen 1979 gab es die Zusage, dass die PLO «weder auf deutschem Boden noch weltweit Anschläge gegen deutsche Interessen verüben werde». Ohne schriftliche Garantie – wenn ein Araber sein Wort gebe, genüge das, wie es hiess.

Österreich ging noch einen Schritt weiter – wegen seiner Rolle als Schleuse für die jüdische Auswanderung aus dem Sowjetblock nach Israel war die Alpenrepublik in den Nahostkonflikt involviert. Mehrmals versuchten arabische Gruppen diese demografische Stärkung Israels zu unterbinden. Um für Sicherheit zu sorgen, trachtete Kreisky danach, den Nahostkonflikt zu entschärfen – etwa indem er Arafat empfing und die PLO offiziell anerkannte. Doch diese Rechnung ging nicht auf. Der PLO-Abtrünnige Abu Nidal wollte jede Entspannung verhindern. Und deshalb traf sein Terror in den achtziger Jahren gerade Länder wie Österreich. Daran konnten auch Informationen der PLO, die direkt an den österreichischen Innenminister gingen, nichts ändern.

Und die Schweiz? Es ist in der Tat augenfällig, dass der PLO nach dem Terrorjahr 1970 rasch erlaubt wurde, ein inoffizielles Büro in Genf zu eröffnen. Für die Palästinenser bedeutete das Zugang zu einem der wichtigen diplomatischen Zentren. Spätestens 1975 besass die Einrichtung den Status einer Mission mit allen Privilegien. Und hier soll es kein quid pro quo gegeben haben?

Am 15. März 1971 setzte laut einer Aktennotiz Bundesrat Pierre Graber, die Schlüsselfigur von Gyrs Buch, den Bundesrat «anlässlich einer Aussprache davon in Kenntnis, dass in dieser Angelegenheit [die palästinensische Präsenz in Genf] zwischen Beamten des EPD [Eidgenössisches Politisches Departement, heute: EDA] und Vertretern der Palästinenser gewisse Kontakte stattgefunden haben». Diese kryptische Notiz ist über [www.dodis.ch](http://www.dodis.ch) (Diplomatische Dokumente der Schweiz) einsehbar. So wie ein anderes Schreiben von 1973, das den PLO-Vertreter in Genf, Daoud Barakat, zitiert: Die Schweiz geniesse «heute einen guten Ruf» im PLO-Hauptquartier und sei somit «keinen Gefahren» ausgesetzt. Zwei Jahre später lobt Barakat das «jetzige gute Verhältnis». Und: Die PLO habe bereits «verschiedentlich» Splittergruppen von Attentaten, «in oder gegen die Schweiz», abgehalten.

Solche Äusserungen genügen selbstverständlich nicht als Nachweis für ein geheimes Stillhalteabkommen. Insofern ist die Entscheidung, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der PLO von einer Arbeitsgruppe offiziell untersuchen zu lassen, nur zu begrüßen. Man darf gespannt sein!

### Thomas Riegler

Thomas Riegler, 39, ist promovierter Historiker in Österreich und Autor zahlreicher Publikationen zur zeitgenössischen Geschichte. Zuletzt: «Tage des Schreckens: Die OPEC-Geiselnahme 1975 und die Anfänge des modernen Terrorismus» (2015) sowie «Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985» (2010).